



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 226 (S. 253): Bildungsberatung für Migranten (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Zeh, es ist keineswegs so, dass wir die Sachen streichen, wir reduzieren sie nur. Die Begründung ist, dass die Zahl der zu uns kommenden Asylbewerber rückläufig ist. Deswegen brauchen die Mittel nicht auf dem bisherigen Stand aufrechtzuerhalten und sie auch nicht weiter zu steigern, sondern wir können sie moderat zurückfahren. Das ist der Hintergrund dieses Antrags.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Integration ist eines der Schlüsselthemen der Zukunft weltweit, auch in Karlsruhe. Die Stadt der Zukunft ist international, bunt und vielfältig.

Die Gemeinderatsfraktionen in Karlsruhe wollen allen hier lebenden Menschen Chancen bieten und zum Gelingen der Integration beitragen. Wir alle hier im Gemeinderat – alle Fraktionen – werden gemeinsam dafür Sorge tragen, dass Integration gelingt und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitstehen. Die AfD zeigt auch hier ihr wahres Gesicht. Sie will gerade in diesem wichtigen Zukunftsbereich Mittel kürzen. Sie beruft sich auf ein Versprechen. Versprechen ist ein positiv besetztes Wort, und Sie benutzen es dafür, um sich auf die Aussage der Bundesregierung zu berufen, nach der mit einem Rückgang der zu uns kommenden Migranten und Flüchtlingen zu rechnen sei. Sie nehmen das als Kürzungsgrund. Sie haben hier etwas missverstanden. Sie haben missverstanden, welche Zahlen zurückgehen sollen. Sie haben missverstanden, was hier in Karlsruhe unter Migrationspolitik zu verstehen ist. Und Sie haben anscheinend keine Ahnung, wer woher zu uns kommt, aus welchen Gründen und welchen Beitrag diese Menschen zu unserer Gesellschaft leisten.

Integration geschieht nicht von selbst. Es ist ein langer Weg, an dem beide Seiten arbeiten müssen, sowohl die Menschen, die hier leben, wie auch die Menschen, die hierherkommen. Wir haben hier in Karlsruhe eine Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge. Viele dieser Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen, vor Unterdrückung und Verfolgung und teils auch vor Hunger. Diese Menschen finden hier eine erste Unterkunft. Das entspricht nicht nur dem Handeln unseres Rechtsstaates, das entspricht auch unserer menschlichen Haltung.

Migrationspolitik betrifft aber nicht nur Flüchtlinge. Gerade in Karlsruhe kommen sehr viele Menschen aus der EU zu uns, die im Rahmen der Freizügigkeitsregelung hier arbeiten. Wir sind froh um diese Menschen, weil sie in unserer Gesellschaft einen wertvollen Beitrag leisten, weil sie unsere Gesellschaft bereichern. Auch die Wirtschaft sagt, wir brauchen Zuwanderung. So lautete 2018 ein Titel in „Die Welt“: „Ohne Zuwanderung sähe Deutschlands Zukunft düster aus“. Damit Integration gelingen kann, ist der Spracherwerb unabdingbar, aber auch Informationen über das Leben hier im Allgemeinen, über Bildungswege, Verwaltung, Kultur und das Leben in einer modernen Demokratie. Viele Menschen entschließen sich für die Einbürgerung. Dafür werben wir hier und wollen das auch weiterhin tun. Das ist einer der Ansätze des Büros für Integration.

Die AfD will an dieser Stelle Mittel kürzen, weil kein Bedarf dafür vorhanden sei. Sie wollen Spracherwerb verhindern, Integrationskurse streichen, ebenso wie die Mittel für die Kampagne zur Einbürgerung. Sie wollen ein Scheitern der Integration. Denn dieses Scheitern nährt das Wachstum ihrer Partei. Aber dem stellen wir uns dagegen. Die Gemeinderatsfraktionen werden Sorge tragen, damit Integration gelingen kann. Wir GRÜNE und die SPD haben zusätzliche personelle Ressourcen für das Büro für Integration beantragt, um die Umsetzung der Leitlinien für Integration voranzubringen, denn da sind zusätzliche Aufgaben zu bewältigen. Außerdem wollen wir auch außerstädtische Einrichtungen fördern wie das IBZ mit dem Projekt „Perspektive Now!“ oder die Fortführung der Antidiskriminierungsstelle.

Integration geschieht nicht von selbst, es ist ein langer Weg, an dem alle arbeiten müssen. Die Mehrheit im Gemeinderat, für die ich hier gesprochen habe, ist bereit, diese Arbeit zu leisten.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung.**

(...)